



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 17. Dezember 2012

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2013

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist sehr erfreulich, dass für das Haushaltsjahr 2013 günstige Rahmenbedingungen bestehen. Die deutlich angestiegenen Steuerkraftsummen der Gemeinden führen zusammen mit erhöhten Zuweisungen und sonstigen guten Einnahmen zu einer komfortablen Situation. Ohne Nettoneuverschuldung kann dabei nicht nur das Volumen des Verwaltungshaushalts um mehr als 8% gesteigert werden, sondern wir können die im Vermögenshaushalt aufgelisteten Investitionen sogar mehr als verdoppeln. Ein Blick in das europäische Umfeld zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Angesichts der globalisierten Wirtschaft, einer gemeinsamen europäischen Währung und der makroökonomisch immer noch viel zu dominanten „Finanzindustrie“ mit all ihren negativen Auswirkungen stellen sich dabei mindestens 3 Fragen:

1. Wie lange funktioniert das noch?
2. Investieren wir wirklich in die richtigen Projekte?
3. Welche nachhaltigen Wirkungen erzielen wir generell mit unseren Ausgaben?

Die Fortdauer der auf den ersten Blick relativ robusten Situation wird wesentlich davon abhängen, wie lange unsere Wirtschaft noch ihre dominante Sonderstellung in Europa aufrechterhalten kann. Denn trotz gravierender Probleme vieler traditioneller Handelspartner kann unsere Wirtschaft bisher stets grosse Aussenhandelsüberschüsse erzielen. Funktioniert dieses System nicht mehr, hat gerade der Schwarzwald – Baar - Kreis als stark industriell geprägter Landkreis ein Problem. Die Landkreiskasse wird wegen der Systematik der zeitversetzten Verrechnung und Zuweisung auf der Einnahmenseite zwar kurzfristig noch keine Einbussen verspüren. Bei den Ausgaben kann dies aber bedeutend schneller zu Buche schlagen. Da aus unserer Sicht die fundamentalen volkswirtschaftlichen Probleme in der Eurozone noch nicht gelöst sind, werden negative

Auswirkungen vermutlich auch bei uns mittelfristig zur Realität. Nach unserer Einschätzung werden wir mit den ungelösten strukturellen und finanziellen Problemen noch massiv konfrontiert werden. Bei Frage 1 ist deshalb die Antwort: Es funktioniert derzeit super, aber leider wohl nicht mehr sehr lange!

Aktuell kann der Landkreis jedoch in eine grosse Bandbreite von Infrastruktur investieren. Ich möchte hierbei gerne mit den kreiseigenen Schulen beginnen, die wiederum erhebliche Finanzmittel zur baulichen Sanierung bzw. für Umbauten erhalten. Die veranschlagten 4,6 Mio. € sind gut angelegtes Geld. Für weitere Planungen erscheint jedoch die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans unerlässlich. Da in diesem Bereich Vieles in Bewegung ist, werden wir nicht darum herumkommen, eine breit abgestützte und solide Planung auf den Weg zu bringen, die möglichst auch noch Flexibilität für notwendige Anpassungen zu einem späteren Zeitpunkt lassen sollte. Dabei müssen neben dem traditionellen Kernbereich der Schulplanung sämtliche Randbedingungen berücksichtigt werden. Stichworte hierbei können sein: Inklusion, Weiterentwicklung der Hochschullandschaft oder - als ganz konkretes Beispiel - die dringend notwendige Nachnutzung des alten Krankenhauses auf dem Gelände der Hotelfachschule. Im Sinne guter Lösungen und zielgenauer Investitionen ist hier der Landkreis als solider Planer gefordert.

Was passiert, wenn solide Vorplanungen fehlen, lässt sich derzeit im Bereich der Deutschen Bahn AG studieren. Ich will jetzt gar nicht auf die Kostensteigerungen von Stuttgart 21 abheben. Die aktuelle Presseberichterstattung hierzu dürfte bekannt sein. Es geht hier um die Elektrifizierung der Höllentalbahn und um die Entwicklungen im Bereich des ZRV. Die Bahn hat sich da tatsächlich erdreistet, die Kostenschätzung nach Abschluss der Grundlagenverträge für die Elztalbahn von 19 auf 66 Mio. € anzuheben. Bei der Breisacher Bahn beträgt die aktualisierte Berechnung jetzt 119 statt 66 Mio. € und die Höllentalbahn soll insgesamt dreimal so teuer werden wie ursprünglich prognostiziert, wobei der Schwarzwald - Baar - Kreis mit dem Dögginger Tunnel ja gut mit im Boot sitzt. Offensichtlich hat die Bahn beim Ausbauthema Elektrifizierung vergessen, die Tunnel auf Nachrüstmöglichkeiten für Stromabnehmer und generell auf deren Sanierungsvoraussetzungen zu überprüfen. Das ist nicht nur absolut unprofessionell. Das ist unverschämt. Und weil es kein Einzelfall ist, steckt ganz offensichtlich eine Struktur dahinter. Bei diesen Randbedingungen ist das Projekt massiv gefährdet, nicht nur von der Finanzierbarkeit her, sondern auch wegen dem zeitlichen Ablauf. Wir haben jedenfalls nicht vor, im Dögginger Tunnel das Requiem zu singen und werden darauf drängen, dass rigoros geklärt wird, wer für solche unzureichenden Projektvorbereitungen die Verantwortung trägt. Bei diesem Beispiel lautet damit die Antwort auf Frage 2: Wir investieren zwar in das richtige Projekt, haben aber mit der Bahn AG und den bisher tätigen Unternehmen wohl die falschen Projektpartner und Planer.

Drittes Beispiel: Das neue Zentralklinikum. Der Landkreis stellt jetzt eine weitere Zuschussrate in Höhe von 5 Mio. € und damit insgesamt 20 Mio. € bereit. Dieser Zuschuss erscheint als Obolus des Kreises angesichts der Bedeutung des Projekts und der gesamten Bausumme vielleicht noch gerechtfertigt. Ärgerlich ist jedoch auch bei diesem Projekt, dass die Planung nicht genügend Vorlauf hatte, dass zu wenige zeitliche Puffer eingebaut waren und dass damit vermeidbarer Ärger vorprogrammiert war. Wir sollten deshalb alle mit Argusaugen auf den Fertigstellungstermin, auf die Gesamtkosten und auch auf die Qualität der abgelieferten Arbeiten schauen. In der Schlussphase solcher Grossprojekte treten erfahrungsgemäss alle Probleme kumuliert zu Tage. Wir sollten als der Gesellschafter, der die primäre Finanzverantwortung trägt, die Fertigstellungs-, Abnahme- und Inbetriebnahmephase genau verfolgen. Bei diesem Beispiel lautet damit die Antwort: Grosse Projekte bedeuten auch grosse Risiken und es ist aus unserer Sicht noch längst nicht klar, ob negative Szenarien wirklich ausreichend eingegrenzt und eine gute Risikovorsorge betrieben wurde.

Nachdem ich diese 3 Beispiele etwas detaillierter erläutert habe, möchte ich jetzt stichwortartig auf einige weitere Aspekte des Vermögenshaushalts eingehen:

Beim Kreisstrassenausbau sind überwiegend Belagsarbeiten vorgesehen. Die Zielrichtung, nämlich Erhalt der Infrastruktur, ist aus unserer Sicht gut. Bemerkenswert ist zudem, dass die K 5742 von Fützen nach Beggingen ebenfalls im Bauprogramm für 2013 enthalten ist. Diese Strasse läuft im Kreisstrassenbauprogramm ja fast schon als historisches Projekt, obwohl diese Bezeichnung eigentlich nur ein Bauwerk im dortigen Umfeld verdient: Die Sauschwänzlebahn. Wir hoffen, dass der 3. Sanierungsabschnitt mit der Co-Finanzierung des Kreises einen neuen Schub für die Zukunft der Museumsbahn ergibt.

Auch das Thema Radwegebau hat in letzter Zeit mehr Schubkraft gewonnen. Wir begrüßen es deshalb ausserordentlich, dass nicht nur (wie zuletzt für die Verbindung Döggingen - Mundelfingen) vereinzelte Baubeschlüsse gefasst werden, sondern dass mit dem Radwegeverkehrsplan nochmals das vorhandene Gesamtnetz systematisch überprüft und Schwachstellen identifiziert werden sollen.

Für die neue Strassenmeisterei Hüfingen gibt es mit der 1. Baurate in Höhe von 1 Mio. € jetzt den richtigen Startschuss. Der Landkreis schafft damit für den südlichen Bereich des Landkreises eine wichtige Voraussetzung, damit zukünftig die Verkehrsinfrastruktur effektiv bewirtschaftet werden kann. Allerdings gehören dazu auch die entsprechenden laufenden Finanzmittel für den Unterhalt. Da wäre es nicht schlecht, wenn beispielsweise der Mehraufwand für den Winterdienst in Hochlagen endlich sachgerecht erstattet würde.

Der Neubau der integrierten Leitstelle rückt näher. Angesichts des bisher diskutierten Kostenrahmens sind wir unverändert der Auffassung, dass im weiteren Verlauf der Planung noch Einsparpotentiale erschlossen werden sollten. Der Landkreis sollte sich bei der Finanzierung zudem eng am gesetzlich Notwendigen und nicht etwa am Wünschenswerten orientieren. Dies gilt im Übrigen auch für die Beteiligung an den laufenden Kosten, wo sich die Kostenanteile des Kreises an den gesetzlich verankerten Pflichten orientieren sollten. Ein untauglicher Massstab ist beispielsweise die simple hälftige Kostenteilung des gesamten Leitstellenbetriebs. In diesem Fall würde der Landkreis nämlich auch den sehr dominanten Leitstellenaufwand für die Krankentransporte hälftig mitfinanzieren. Hier sollte für den Kreistag mehr Transparenz hergestellt werden.

Beim Dauerthema Breitbandversorgung stehen wir hinter den Planungskosten von netto 650.000 €. Dennoch muss die Frage erlaubt sein, wie ein Gesamtkonzept mit flächendeckenden Glasfaseranschlüssen bis zum Einzelgebäude umgesetzt und finanziert werden soll. Hier sollte mehr Klarheit und Realitätsnähe einkehren: Entweder wir diskutieren ernsthaft ein FTTB - Konzept und machen uns dann auch Gedanken über die mögliche Finanzierung und Refinanzierung. Oder wir benennen das Konzept als das, was es vermutlich sein wird: Ein kreisweites Backbone - Netz, mit dem dann schwerpunktmässig Gewerbegebiete oder sonstige Poweruser angefahren werden. Positiv formuliert heisst das: Hohe Kosten werden auf breiten Schultern verteilt. Es gibt aber auch eine negative Interpretation dieses Ansatzes: Alle zahlen, aber nur Wenige werden wirklich in den Genuss neuer Glasfaseranschlüsse kommen.

Nach diesen Erläuterungen zum Investitionshaushalt möchte ich auf einige Aspekte des Verwaltungshaushalts eingehen. Die derzeit positive Wirtschaftssituation und Änderungen bei der Kostenerstattung durch den Bund führen im Sozialbereich in der Summe zu relativ geringen Ausgabensteigerungen. Der Gesamtaufwand für die soziale Sicherung steigt nämlich „nur“ um 1,56% auf etwas mehr als 75 Mio. € an. Diese Steigerungsrate wäre bedeutend höher, wenn beispielsweise die „Grundsicherung im Alter- und bei Erwerbsminderung“ nicht zunehmend vom Bund getragen würde. Auch die Ausgaben im Bereich „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ wären auf einem ganz anderem Niveau, wenn nicht die günstige Beschäftigungssituation und eine Arbeitslosenquote von derzeit nur 3,5 % die Kosten dämpfen würden. In einigen anderen Bereichen der sozialen Sicherung steigen die Kosten dagegen deutlich an: 9,4 % beispielsweise bei der Jugendhilfe oder 6 % bei der Eingliederungshilfe sind Steigerungsraten, die schon prozentual deutlich ins Gewicht fallen. Insbesondere gilt dies jedoch wegen der Höhe der absoluten Zahlen: 21,5 Mio. € bei der Eingliederungshilfe und fast 14 Mio. € bei der Jugendhilfe. Es wird deshalb zukünftig noch mehr als bisher darauf ankommen, neue Konzepte zu evaluieren, mit denen aktuelle Entwicklungen und neue Erkenntnisse aktiv aufgegriffen werden können. Allein die absehbaren Veränderungen im Bereich der Inklusion werden

zu sehr grossen Veränderungen führen. Aber auch der demografische Wandel wird neue Schwerpunkte bei Versorgung und Betreuung erfordern. Anregungen und Hinweise hierzu werden ja unter anderem auch vom Lenkungskreis Demografie kommen, der dieses wichtige Thema strukturell begleitet. Wir hoffen, dass die Kreisverwaltung hier innovative Ansätze aufgreifen wird. Neben den Strukturen und der Kostenentwicklung wird es jedoch nicht zuletzt darauf ankommen, wie die Kostenträgerschaft zukünftig aussehen wird. Sollte beispielsweise der Bund - wie andiskutiert - wesentliche Kosten der „Eingliederungshilfe für Behinderte“ übernehmen, wäre dies eine fundamentale Veränderung für den Landkreis.

An dieser Stelle möchte ich neben technokratischen Begriffen, Strukturen und Kosten die menschliche Seite noch etwas beleuchten. Ob eine Organisation schlagkräftig ist oder nicht, ob sich jemand wohlfühlt und bleibt oder abgestossen wird und geht, ob eine Region attraktiv ist oder eher gemieden wird – all das hängt massgeblich davon ab, wie zufrieden die Menschen dort sind. Die Zufriedenheit der Menschen wiederum hängt von vielen Dingen ab. Vom Materiellen beispielsweise, aber auch sehr viel davon, wie sie miteinander umgehen und ob sie eine gute Perspektive entwickeln können. Diese Faktoren haben praktisch eine enorme Breitenwirkung. Ich möchte an dieser Stelle jetzt nicht in ein Wohlfühlseminar abgleiten, aber eines möchte ich – liebe Kolleginnen und Kollegen - in aller Deutlichkeit sagen: Wir müssen beispielsweise gut mit den Mitarbeitern der Verwaltung umgehen. Wegen dem Geld ist der Anreiz bei vielen Stellen ohnehin schon mal eingebremst. Wenn dann beim Job wegen Arbeitsverdichtung, wegen Perspektivlosigkeit oder wegen Stress auch noch andere Negativfaktoren dazukommen, haben wir zukünftig noch öfters als bisher leere Bewerberbänke. Nun könnte man ja einwenden, die Arbeit im Landratsamt sei kein Ponyhof. Das stimmt. Deshalb möchte ich auch für die Bereiche ausserhalb der Amtsstuben ein wenig dafür werben, dass wir zukünftig noch mehr als bisher versuchen sollten, Menschen zu ermutigen, ihnen Perspektiven zu geben und vor allem alles dafür tun, eine Kultur des „Geschätztwerdens“ weiter auszubauen. Dies gilt auch und gerade für die Schwächsten in unserer Gesellschaft und geht von der Hilfe für Wohnsitzlose bis zur Unterstützung von Refugio.

Wir sollten deshalb aufhören, nochmals und nochmals an der Personalschraube zu drehen, wir sollten mit unseren Projekten und Programmen im Sozialbereich echte Perspektiven eröffnen, was selbstverständlich auch für den gesamten Bildungsbereich gelten muss. Den Gebrauch von Begriffen wie z.B. „Fallzahlen“ lassen wir dabei zukünftig besser mal sein! Vor allem muss gelten: Wenn es existenziell wird, sollten für die Menschen echte Hilfsangebote zur Verfügung stehen und diese müssen dann auch absolut zuverlässig greifen.

Ich hoffe, dass der rote Faden von Frage 3 bis hierher nicht verloren gegangen ist. Ich kann das aber vielleicht so zusammenfassen: Ein nachhaltiger Schwarzwald – Baar - Kreis bedeutet nicht nur gute Strassen, gute Infrastruktur, schnelles Internet und was es noch alles Schönes gibt. Es ist auch nicht die Netto-Investitionsrate, die vielleicht als vermeintlicher Indikator angesehen werden könnte! Der Schwarzwald – Baar- Kreis sind vor allen seine Menschen. Wenn es deshalb um nachhaltige Wirkungen politischer Entscheidungen geht, geht es vor allem um die Möglichkeiten, die Perspektiven und das Lebensgefühl von Menschen. Wenn wir da nicht genug tun, sieht es schlecht aus um die Zukunft.

Ich komme mit einigen ergänzenden Anmerkungen zur Zusammenfassung:

Der Haushaltplanentwurf 2013 ist ein guter Haushalt. Das Volumen des Verwaltungshaushalts steigt deutlich an, der Vermögenshaushalt kann sogar massiv ausgeweitet werden. Das geschieht alles ohne Nettoneuverschuldung. Wir können uns Vieles leisten. Teilweise werden sogar Projekte realisiert, die vermutlich bereits im Kreisarchiv abgelegt waren. Die wirtschaftlichen Perspektiven für die kommenden Jahre sind aus unserer Sicht insgesamt nicht positiv. Bei unseren Grossprojekten haben wir vermutlich nicht immer die besten Berater und Partner. Wachsamkeit und kritische Beobachtung sind wegen der hohen Risiken deshalb absolut angezeigt. Im Bereich der Abfallwirtschaft muss die Tuninger Hangrutschung zugunsten des Landkreises haftungsrechtlich abgearbeitet werden. Bei der möglichen Einführung einer Wertstofftonne müssen die Kreisinteressen und damit die Interessen der Gebührenzahler absoluten Vorrang haben. Auch die finanzielle Bewältigung der Deponienachsorge bleibt weiterhin spannend. Bei Ringzug und Nahverkehr ist die Entwicklung insgesamt gut. Die neuen Angebote z.B. im Bereich von Königfeld, Furtwangen und Villingen-Schwenningen sind grundsätzlich ebenfalls gut. Allerdings muss teilweise noch nachgesteuert werden, damit Überlastungen und Lücken im Schülerverkehr abgebaut werden können.

Die Kosten im Sozialbereich sind derzeit wegen Sonderfaktoren in der Summe einigermaßen unter Kontrolle. Dies gilt aber längst nicht für alle Teilbereiche. In vielen Bereichen werden zukünftig deutliche Veränderungen eintreten. Diese sollten vom Landkreis aktiv angegangen werden. Entsprechende Grundlagenplanungen, z.B. im Bereich der Schulen müssen ebenfalls vorangetrieben werden. Die vom Landkreis geleisteten „freiwilligen Leistungen“ sind aus unserer Sicht angemessen und sinnvoll. Der Landkreis könnte sich darüber hinaus auch in solchen Bereichen noch zusätzlich engagieren, die kostenneutral sind oder nur einen geringen Zusatzaufwand erfordern: Stichworte wären beispielsweise: vermehrte Einstellung von MigrantInnen, grösserer Anteil von Lebensmitteln aus regionaler Erzeugung in der Kantine, Ausweitung der Lehr- und Praktikantenstellen etc.

Was die allgemeine Finanzwirtschaft betrifft, kann die Gesamtverschuldung leicht zurückgefahren werden. Die mittelfristige Finanzplanung ist im Rahmen der Prognosemöglichkeiten noch akzeptabel. Der Kreisumlagehebesatz wird abgesenkt. Dies geschieht leider und nicht zum ersten Mal auf Kosten des Personals. Trotz dieser Einschränkungen ist der Haushalt für unsere Fraktion zustimmungsfähig.

Die Grüne Fraktion wird dem Kreishaushalt 2013 zustimmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie im Namen unserer Fraktion darum bitten: Denken Sie in einer ruhigen Stunde nochmals darüber nach, was unseren Landkreis wirklich zukunftsfähig macht. Nachhaltige Wirkungen erzielen wir mit unseren Bemühungen nur dann, wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Abschliessend möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei allen Mitarbeitern des Landkreises bedanken. Dieser Dank gilt in besonderer Weise auch Herrn Hinterseh, der sich in den vergangenen Monaten umsichtig und angenehm in sein neues Amt eingearbeitet hat.

Ich bedanke mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
7 Seite(n), 2433 Wörter, 15585 Zeichen